

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/131

15. Juli 1975

Erfolg für die Frauen

Wichtigster Teil der § 218-Gesamtreform in Kraft

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Seite 1 und 2 / 50 Zeilen

Die Entscheidung der Union gegen Europa

CDU/CSU-Außenpolitik nach deutsch-nationaler Tradition

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und außenpolitischer Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 96 Zeilen

Der Zwang zum Sparen

EG-Ministerrat entscheidet über revidiertes Forschungsprogramm

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Forschung und Technologie im Europäischen Parlament

Seite 5 und 6 / 78 Zeilen

Der Saarlandtag kann arbeiten

CDU findet sich nur schwer mit dem Mehrheitaverlust ab

Von Friedel Lämpke MdL

Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Saar und SPD-Fraktionsvorsitzender im saarländischen Landtag

Seite 7 und 8 / 58 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 88 89 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Erfolg für die Frauen

Wichtigster Teil der § 218-Gesamtreform in Kraft

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Als Bonner Frauen sich vor der Beethovenhalle versammelt hatten, um ihrer Betroffenheit über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Reform des § 218 StGB Ausdruck zu geben, hatte ich versprochen: "Wir Sozialdemokraten lassen die Frauen nicht allein. Ich kämpfe weiterhin dafür, daß die Frau nicht auf die Dauer wegen ihrer Biologie auf die Schattenseite des Lebens verwiesen wird. Ich kämpfe weiter dafür, daß das Gesetz der ergänzenden sozialen Maßnahmen aus dem Bundesrat herauskommt und soziale Wirklichkeit wird."

Dies ist jetzt endlich, am 14. Juli, geschehen. Der Bundesrat hat dem Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz seine Zustimmung gegeben.

Wie bei anderen Reformgesetzen lehnte auch hier die Opposition im Bundesrat zunächst ab. Nach mehrmaliger Anrufung des Vermittlungsausschusses ist das Gesetz nun aber ohne inhaltliche Abstriche zustande gekommen. Die Hoffnung und das Vertrauen von Millionen Frauen haben uns die Kraft zum Durchhalten gegeben. Für sie haben wir durchgesetzt, daß der wichtigste Teil der Gesamtreform des § 218 StGB, die sozial- und gesundheitspolitischen Maßnahmen, inkraft treten kann.

Ziel des Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetzes ist es, gewünschte Schwangerschaften zu ermöglichen und ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Deshalb hat jeder Versicherte Anspruch auf 1/ Ärztliche Beratung über Fragen der Empfängnisregelung, ärztliche Untersuchung und Verordnung empfängnisregelnder Mittel; 2/ Ärztliche Beratung über die Erhaltung und den Abbruch der Schwangerschaft; und ärztliche Behandlung und Übernahme der Kosten für Arzneimittel und Krankenhauspflege bei nicht rechtswidrigem Schwangerschaftsabbruch oder freiwilliger Sterilisation, d.h. bei Schwangerschaftsabbrüchen, die nach der Anordnung des

Bundesverfassungsgerichts straffrei gestellt sind. Diese Schwangerschaftsabbrüche können nach dem neuen Gesetz in Krankenhäusern auch ambulant vorgenommen werden.

Zur Sicherung dieser Leistungen galten bei nicht rechtswidrigem Schwangerschaftsabbruch und freiwilliger Sterilisation ebenfalls die gesetzlichen Bestimmungen über Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Sozialhilfeempfänger haben zusätzlich Anspruch auf kostenfreie empfindnisergelnde Mittel, wenn sie ärztlich verordnet sind.

Das neue Gesetz weist der umfassenden ärztlichen Beratung eine Schlüsselstellung zu. Das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patientin ist von größter Bedeutung für die individuelle Entscheidung von Frau und Mann. Ich appelliere deshalb an die deutschen Ärzte, diese Reform durch ihr Engagement mitzutragen und mitzuhelfen, daß immer mehr Eltern verantwortungsvolle Familienplanung betreiben. Nur so können wir erreichen, daß Konflikte, die zum Schwangerschaftsabbruch führen, gar nicht erst entstehen.

Mit dem Strafrechtareform-Ergänzungsgesetz betreten wir sozial- und gesundheitspolitisches Neuland. Erstmals wird im System der über 100 Jahre alten Reicherversicherungsordnung ein Schritt auf einen gesellschaftspolitischen Gesundheitsbegriff hin getan. Leistungen der Sozialversicherung sind nicht mehr an eine enge Definition von Krankheit gebunden. Zugleich wird den Frauen erstmals die Möglichkeit gegeben, nach freier Wahl Leistungen entweder beim praktizierenden Arzt oder ohne Überweisungsschein in einem Krankenhaus in Anspruch zu nehmen.

(-/15.7.1975/bgy/pr)

+ + +

Die Entscheidung der Union gegen Europa

CDU/CSU-Außenpolitik nach deutsch-nationaler Tradition

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und außenpolitischer Sprecher
der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

So schlimm es für die deutsche Außenpolitik ist, daß die Union als große Oppositionspartei künftig nicht nur gegen ganz Europa, auch gegen die USA und Kanada eine eigene - man muß fragen: was für eine? - Außenpolitik betreibt, so eindeutig, so absolut war auch ihr "Nein" zu den Ergebnissen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Die Genfer Beratungsergebnisse ständen im Gegensatz zu den vitalen Interessen des geteilten Deutschland; so die Union zur Begründung ihrer negativen Haltung. Ehrlicherweise hat die CDU/CSU mit ihrer Entscheidung gar nicht das Vorliegen der Ergebnisse der Dokumente abgewertet: Nicht die Ergebnisse, sondern bereits die Tatsache einer Konferenz von 33 europäischen Staaten des westlichen, des östlichen und des neutralen Europas, dazu die USA und Kanada, stieß auf den erbitterten Widerstand der Union.

Wird mit der KSZE wirklich ein sowjetisches Traumziel verwirklicht? Die Union verfälscht hier die Tatsachen. Es war in den 50er und 60er Jahren das sowjetische Traumziel, die USA und Kanada aus ihrer Einbindung in Europa hinauszudrängen. Die Unterschriften der USA und Kanadas in Helsinki besiegeln am Ende dieses Monats die gegenteilige Entwicklung: Die USA und Kanada werden ein politisch integrierter Teil Europas sein. Daß in der Sicherheitspolitik Fortschritte oft jahrelange Verhandlungen zur Voraussetzung haben, beweisen die Verhandlungen um SALT I und SALT II. Im Sicherheitsbereich ist in Genf mit den vertrauensbildenden Maßnahmen eine politisch-psychologische Barriere eines 30jährigen Mißtrauens durchbrochen worden. Dies läßt auf konkrete Fortschritte auch bei der MBFR-Konferenz in Wien hoffen. Erst die politische Zusammenarbeit und der sichtbare Wille zur militärischen Entspannung ermöglichen auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die Ergebnisse von Genf in Korb 3 bestätigen die humanen Werte unserer europäischen Geschichte. Sie zu bekräftigen und dafür die Zustimmung - und sei es zunächst nur im Prinzip des Willens - auch der kommunistischen Staaten zu finden, mußte unser erklärtes Ziel sein. Entweder gibt es den Sieg des einen Systems über das andere, was im Ost-West-Konflikt die Menschheits-Katastrophe bedeuten würde, oder man ist der schrittweisen Annäherung in der versuchten Definition gemeinsamer Werte fähig. Die CDU/CSU gibt dem Letzteren keine Chance. Das ist der tatsächliche Konflikt. Sie mißtraut der Entspannung zwischen den Staaten und bekämpft die Annäherung der Systeme selbst dort, wo es, wie im Korb 3, um westlich-demokratische Gesellschaftsprinzipien geht. Da die Union ihre Haltung als die wahre Vertretung der deutschen Interessen interpretiert, muß gefragt werden: Was sind denn die wirklichen deutschen Interessen?

Es war das Verhängnis deutsch-nationaler Außenpolitik in diesem Jahrhundert, zweimal in Weltkriegen zu versuchen, ob sich Deutschland als europäische Hegemonialmacht gegen die ganze Welt behaupten kann. Für die-

sen zweimaligen Versuch hat nicht nur Deutschland, dafür hat Europa, hat die Welt einen furchtbaren Preis bezahlt.

Konrad Adenauer zog aus dieser Erfahrung die Konsequenz und entschied sich für die West-Politik, was, wie sich herausstellen sollte, eine Wiedervereinigung auf friedlichem Wege, so wie die Nachtkonstellation nun ist, ausschloß. Die Westpolitik bedurfte der Ergänzung durch die Ostpolitik, weil die Bundesrepublik, so Brandt/Scheel, nicht frontal gegen die Tendenz der internationalen Entwicklung wirken kann, aber auch, ja besonders aus nationalem Interesse. Deutschlands Zukunft liegt, politisch, sicherheitspolitisch, wirtschaftlich, in einer konsequenten Entspannungspolitik.

Unsere Hauptpartner, die USA und Frankreich, gehen diesen Weg. "Im thermonuklearen Zeitalter gibt es keine Alternative für eine ernsthafte Anstrengung zur Lockerung der Spannungen auf einer verlässlichen und wechselseitigen Grundlage", erklärte Henry Kissinger am 23. Juni 1975, und der französische Außenminister Jean Sauvagnargues erklärte in der letzten Juni-Woche die Beendigung der KSZE als ein Hauptziel der französischen Außenpolitik.

Da die französische Regierung gerade ihre Rußland- und Polenpolitik in den letzten Monaten mit allen, auch wirtschaftlichen Kräften intensiviert, ist die CDU/CSU im westlichen Bündnis total isoliert. Das bedeutet, daß die Union Adenauers West-Politik verlassen und sich in die klassischen Positionen einer spätestens 1945 gescheiterten deutsch-nationalen Außenpolitik zurückbegeben hat. Aus dieser deutsch-nationalen Sicht gesehen, hatte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß recht, als er in Sonthofen erklärte: "Die Europäer sind total degeneriert. Sie sind aus der Geschichte ausgestreut."

Wenn nun CDU-Politiker, wie Dr. Gerhard Schröder in der Außenpolitik, und Dr. Richard von Weizsäcker in der Innenpolitik, von der "besonderen deutschen Situation", der "besonderen deutschen Rolle" sprechen, denn ist der deutsch-nationale Konsens der ganzen Union bekräftigt. Aus allem, was Deutschland seit 1914 erlebt hat, muß man feststellen, daß diese Unions-Politik des "Nein!" zur Entspannung, daß dieser Wille zur Selbstisolierung den politischen, den wirtschaftlichen, den Sicherheitsinteressen und den humanen Zielen der Bundesrepublik Deutschland widerspricht.

Unhaltbar ist die Darstellung des CDU-Abg. Dr. Schröder, der sagte, die Vereinbarungen von Genf "überhöhten" die bisher völkerrechtlich gültigen Verträge. In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am Montag bewegte sich die Diskussion vorrangig um diese Frage. Dabei konnte die Bundesregierung überzeugend darlegen, daß die Vereinbarungen keinen völkerrechtlichen Charakter haben und deshalb völkerrechtlich gültige Verträge nicht berühren oder einschränken. Die Ausführungen Dr. Schröders müssen deshalb als bewußt falsche Darstellung und Irreführung der Öffentlichkeit zurückgewiesen werden. Daß der frühere Bundesaußenminister und gegenwärtige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses sich zu einer so entstellenden völkerrechtlichen Interpretation hinreißen läßt, muß bedauert werden. Dr. Schröder wird spätestens mit der Veröffentlichung der Dokumente widerlegt werden.

Das "Nein" der Union ist auch eine Entscheidung gegen Europa, eine Entscheidung gegen die europäische Zukunft. Deshalb ist der hier von der CDU/CSU aufgerissene politische Graben politisch noch tiefer als bei den Ostverträgen.
(-/15.7.1975/hgy/pr)

+ + +

Der Zwang zum Sparen

EG-Ministerrat entscheidet über revidiertes Forschungsprogramm

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Forschung und Technologie
im Europäischen Parlament

Die Gemeinsamen Forschungsstätten der Europäischen Gemeinschaft (GFS) sind schon wieder einmal im Gespräch, seit sich Bundesforschungsminister Matthöfer in der Sitzung des EG-Ministerrates am 26. Juni zur allgemeinen Überraschung gegen die Nachbewilligung von Mitteln für dieses umstrittene Kind der Euretom ausgesprochen hatte. Der Rat verschob seine Entscheidung bis zum 15. Juli. Welcher Beschluß auch gefaßt wird - seine Bedeutung wird weit über die Routinepunkte hinausgehen, denn längst hat die öffentliche Meinung das deutsche Halt-Signal zur Grundsatzfrage der Gemeinschaft hochstilisiert.

Es gibt in Bonn Leute, die behaupten, nicht Matthöfer, sondern Bundesfinanzminister Dr. Hans Apel sei der eigentliche Verursacher der verzögerten Forschungsförderungs-Entscheidung. Seine Anordnung, für die EG bestimmte Zuweisungen nicht mehr aus allgemeinen Haushaltsmitteln, sondern aus den Einzelplänen der betroffenen Ministerien zu entnehmen, führe nämlich in der Praxis dazu, daß die Fachminister dort einsparen, wo es ihnen am wenigsten weh tut: also bei den EG-Zuweisungen.

Matthöfer weist das weit von sich, weil ausschließlich sachliche Erwägungen ihn veranlaßt hätten, den Gemeinsamen Forschungsstätten keine zusätzlichen Mittel nachzubewilligen. Erst müsse gewährleistet sein, daß das EG-Forschungsprogramm auch tatsächlich realisiert werden könne und daß knappes Geld aus Europas Steuerzahler Taschen nicht sinnlos vergeudet werde. Niemand, der sich der Mühe unterzog, die Tätigkeit der GFS in den letzten Jahren mit kritischem Blick zu verfolgen, wird Matthöfers Einwänden verständnislos gegenüberstehen. Zwar arbeiten die Forscher am Materialprüfreaktor in Petten/Niederlande zufriedenstellend. Zwar hörte man aus dem kleinen Zentrum in Geel/Belgien nichts Nachteiliges, und auch dem Transuraninstitut in Karlsruhe sprach niemand die Existenzberechtigung ab. Aber das Hauptzentrum im italienischen Ispra hatte, zumindest seit dem Abbruch des Natururan-Schwerwasser-Reaktorprojektes Ende der 60er Jahre, mehr durch Streiks und Proteste denn durch wissenschaftliche Veröffentlichungen von sich reden gemacht. Dort zeigten sich die katastrophalen Folgen einer politisch verfehlten Kurzzeitplanung und eines jahrelang zwischen Brüsseler Bürokraten und enttäuschten Mitarbeitern (mit und ohne Beamtenstatus) hin und her stolpernden Managements.

Doch - auch das muß man zugeben - die Dinge scheinen sich jetzt zum Besseren zu wenden. Die EG-Kommissare Ralf Darendorf und sein Nachfolger

Guido Brunner trennten sich mittlerweile erneut von rund 100 Mitarbeitern. Man sorgte für ein neues Führungsteam und der Rat beschloß den Ersatz der ziemlich sinnlosen Einjahres-Kurzprogramme durch ein von der Kommission erarbeitetes mittelfristiges Vier-Jahres-Programm 1972/76. Auch das Europäische Parlament empfahl kürzlich, den GFS eine letzte Chance einzuräumen. Das Parlament ist dabei, sich von Fachleuten im Anhörverfahren erläutern zu lassen, was man mit dem teuren Forschungsinstrumentarium und mit den Wissenschaftlern, die trotz finanzieller Anreize die GFS nicht verließen, sinnvoller Weise machen könnte. Schon heute läßt sich sagen, daß bis jetzt keiner der Experten sich für die Auflösung der GFS aussprach. Seit Beginn dieses Jahres haben die GFS immerhin 137 wissenschaftliche Publikationen veröffentlicht und 16 Patente angemeldet - in beiden Fällen mehr als sonst im ganzen Jahr.

Auch Kommissar Brunner schien nicht gesonnen, seinen GFS im Stadium der Wiedergesundung die Butter vom Brot nehmen zu lassen. Seit dem 26. Juni sah man ihn auf einem Werbefeldzug für die Gemeinschaftsforschung allenthalben durch die Gemeinschaft reisen. Ihm kam der Wind zugute, der zurzeit wieder einmal in die Segel der EG bläst. In der Bundesrepublik murzte nicht nur die Opposition, Matthöfers Stoppsignal sei zum "unrechten Zeitpunkt" gekommen, sondern auch Brunners FDP-Parteifreunde, Landwirtschaftsminister Josef Ertl mahnte, daß die Bundesrepublik gerade jetzt nicht den Eindruck des Geizes erwecken dürfe. Nur wenige sprachen aus, was wirklich hinter Matthöfers Bremsaktion steckte: der Zwang zum Sparen.

Angesichts der Haltung der FDP ist es nicht verwunderlich, daß es im Bundeskabinett zu einem Kompromiß kam. Er erlaubt es Matthöfer, sein Gesicht zu wahren. Kommissar Brunner rechnet zwar mit 59 Millionen zusätzlichen Rechnungseinheiten, die es ihm wenigstens ermöglichen, die vergebenen Forschungsverträge der Gemeinschaft trotz inflationbedingter Verteuerungsraten weiter zu erfüllen. Auch jene ca. 20 vH der Summe, die in die GFS direkt fließen, sollen vor allem dazu dienen, dem Personal Gehaltserhöhungen auszus zahlen, die der Ministerrat einstimmig beschlossen hatte.

Bundesminister Matthöfer andererseits erwartet die Zusage, daß bis Oktober 1975 das EG-Forschungsprogramm überprüft wird, und daß ab sofort strenge Maßnahmen einer wirkungsvollen Ausgabenkontrolle eingeleitet werden. Wenn es tatsächlich gelingt, der finanziellen Schlampelei auf dem Europäischen Forschungssektor ein Ende zu bereiten und die EG-Forscher und -Techniker mit sinnvollen Aufgaben zu beschäftigen, für die sie ausgebildet und für die ihre Zentren ausgerüstet sind, dann haben die GFS tatsächlich eine Überlebenschance. Diese Chance wird umso größer sein, je mehr Brüssel dafür sorgt, daß die GFS nur solche Aufgaben übertragen bekommen, die nicht besser oder sinnvoller auf nationaler oder auf bilateraler Basis erledigt werden können.

(-/15.7.1975/ks/pr)

+ + +

Der Saarlandtag kann arbeiten

CDU findet sich nur schwer mit dem Mehrheitsverlust ab

Von Friedel Läßle MdL

Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Saarland und
Fraktionsvorsitzender im Saar-Landtag

Am 15. Juli hat sich der Saarländische Landtag konstituiert oder besser: Teilweise konstituiert, denn so zähflüssig und schwierig wie sich die Verhandlungen der drei im Landtag vertretenen Parteien seit der Wahl am 4. Mai gestalteten, genau so schwierig erwies sich diesmal auch der Einstieg in die parlamentarische Arbeit.

Die CDU, die im neuen Landtag der 7. Legislaturperiode mit 25 von 50 Sitzen die vormalige absolute Mehrheit verlor, brauchte geschlagene zwei Monate, um zu begreifen, daß ihr zur Beschlußfassung ein Sitz fehlt. In der Wahlnacht und kurz später hatte sie dies noch nicht begriffen. Gegenüber der FDP zeigte sie sich mächtig und unnachgiebig und wollte Druck ausüben, zu dem der erforderliche Dampf aber schon lange abgelaufen war.

Die FDP sei bei der Gewährung des Fraktionsstatus auf das Wohlwollen der CDU angewiesen, hieß es damals. Paragraph 28 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes besagt jedoch, daß der Landtag zu Beginn seiner Legislaturperiode die erforderliche Mitgliederzahl zur Bildung einer Fraktion beschließt. Beschließen kann der Landtag jedoch nur mit mehr als der Hälfte seiner gesetzlichen Mitgliederzahl, das sind 26, also ein Abgeordneter mehr, als die CDU nun bot. Ohne eine Stimme der SPD oder FDP kann der Landtag also nichts beschließen, und daher auch nicht die Fraktionsstärke bestimmen. Schon damals konnte ich der FDP den Rücken freihalten mit meiner Erklärung, daß die FDP entweder mit drei Abgeordneten Fraktionsstatus erhalte, oder auch für CDU und SPD würde er nicht beschloßen.

Jetzt beschloß der Landtag mit allen seinen 50 Abgeordneten, daß die notwendige Mitgliederzahl zur Bildung einer Fraktion auf drei festzusetzen ist. Der erste Punkt einer schriftlichen Vereinbarung zwischen allen drei

Parteien - das Ergebnis langwieriger und zahlreicher Beratungen - wurde damit erfüllt. Von nun an werden auch die restlichen Punkte dieser Vereinbarungen in den insgesamt drei Sitzungen, die diesmal zur Konstituierung des Landtages erforderlich sind, reibungslos ablaufen. So wurde auch schon der von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Abgeordnete und ehemalige Innenminister Ludwig Schnur (66) ohne Gegenstimmen zum Landtagspräsidenten gewählt.

Das Landtagsgesetz wurde in erster Lesung dahingehend geändert, daß ein dritter Vizepräsident hinzukommt. Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes in der Mittwoch-Sitzung und seiner Verkündung am Donnerstag wird das politische Patt an der Saar in der Freitag-Sitzung auch im Präsidium etabliert. Gemäß der erwähnten schriftlichen Vereinbarung erhält die SPD den 1. Vizepräsidenten und den 1. Schriftführer, die FDP den 2. Vizepräsidenten und die CDU neben dem Landtagspräsidenten noch den 3. Vizepräsidenten und den 2. Schriftführer. Das Stärkeverhältnis zwischen CDU einerseits und SPD/FDP andererseits ist denn auch im Präsidium mit drei zu drei ausgeglichen. In der Tat ein Präsidium, das auf den Ausgleich zwischen den Fraktionen bedacht sein muß.

Mit zu den Vereinbarungen zwischen den drei Parteien, die in dieser Woche verwirklicht werden, gehört die Ausschußbesetzung im Verhältnis sechs CDU, fünf SPD und ein FDP und nicht zuletzt - ebenfalls nach einer Gesetzesänderung - der Einzug auch eines Vertreters der FDP-Fraktion in den Rundfunkrat. Gemäß einer schriftlichen Nebenabrede wurde zudem auch der finanzielle Status der FDP-Fraktion sichergestellt.

Ab Freitag dieser Woche werden demnach alle Voraussetzungen erfüllt sein, damit sich der Saarländische Landtag an die Arbeit machen kann. Dies jedoch erst ab Ende August; denn zunächst tritt nun einmal - auch dies ein Verhandlungsergebnis - eine nach den Anstrengungen des langen und harten Wahlkampfes wohl auch verdiente und notwendige Parlamentspause ein.

(-/15.7.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller